

Martin Stöhr

Zweierlei Gedenken?

Von Ungleichem und Gleichem

Eine Konferenz in St. Petersburg versammelt 1997 in den Räumen der Akademie der Wissenschaften Juden, Christen und Atheisten aus vielen Ländern. Es sitzen Opfer und – wie sich bald herausstellt – auch Täter und Zuschauer im Saal. Die Mehrzahl kommt aus Ländern der früheren Sowjetunion. Das gemeinsame Thema heißt: „Theologie nach Auschwitz und Gulag“. Die Teilnehmenden schleudern Erinnerungen, Klagen, Anklagen sowie Verteidigungen gegenüber den blutigen Diktaturen des Kommunismus oder des Nationalsozialismus in die erregte Debatte.

Die leisen Stimmen der Opfer werden gehört. Die Lebenszeugnisse und die ihrer ermordeten Freund/innen sind stark. Es droht ein Streit „wer hat am meisten gelitten?“ Die lauten Stimmen kommen von denen, die sich als „objektive“ Stimmen von Forscher/innen oder Zeitgenoss/innen ausgeben. (Selbst-)Rechtfertigungen der Täter/innen und Zuschauer/innen sind unüberhörbar. Zum Eklat kommt es, als jemand mit schrillen Tönen in den Saal ruft: „Was sind schon zwölf Jahre Diktatur und sechs Millionen tote Juden gegenüber 70 Jahren und 60 Millionen Toten!“ Das ist die Endfassung einer „Totalitarismus“-Theorie, für die Hannah Arendt zu Unrecht in Beschlag genommen wird.¹ Wer nur von totalitären Systemen spricht, sieht weder die Täter noch die Opfer genau.

Geliebt wird diese Argumentation von jenen, die schlichte, duale Weltbilder sowie ihre dazu notwendigen Abfallprodukte, die Feindbilder, lieben.

Sie setzen „Rot“ mit „Braun“ gleich. Der Historikerstreit der achtziger Jahre lieferte akademische Überhöhungen zu jener Gleichsetzung. Das Interesse war offenkundig, neben den unseriösen Holocaustleugnern ein „seriöses“ Angebot zu machen, das die *Singularität des Holocaust* relativiert. Kardinal Ratzinger nannte damals Kommunismus und Nationalsozialismus „zwei Seiten der selben Medaille“. Entlastung wird gesucht, indem ich andere auf dieselbe Anklagebank ziehe, auf der ich selber sitze. Da der andere mein Feind war oder ist, sitze ich nicht nur als Angeklagter, sondern auch als dessen Opfer dort. Die Selbstzuschreibung als Opfer breitete sich in der Flut jüngst abgerufenen Erinnerungen und Infotainments in allen Medien rapide aus. Wie anders ist es zu erklären, dass mit wachsendem Abstand zum Zweiten Weltkrieg die Gleichschaltung von Hitler und Stalin immer eingängiger wird?

Durch eine Personalisierung auf einzelne Verbrecher wie Hitler und Stalin entlastet sich nicht nur die Gesamtgesellschaft, die der Macht der Diktaturen eine Basis schuf und/oder sie duldete, sondern auch die eine Seite mit dem Verweis auf die andere. Unverantwortlich wird solches Denken, wenn es auf eine angeblich biblische, so genannte Erbsünden-„Lehre“ verweist. Dann wird vom „Dämonischen“, vom „abgründig Bösen“ in uns gesprochen. Karl Barth konterte solche „Erklärungen“ mit der Gegenfrage: „Warum sagt ihr nicht: Wir sind politisch dumm gewesen!“ Die säkularen Varianten reden nach Thomas Hobbes vom Wolfskarakter des Menschen (*homo homini*

lupus) oder sozialdarwinistisch von dem notwendigen Durchsetzungsvermögen (und -recht!) der Stärkeren zum *survival of the fittest* im Konkurrenzkampf aller. Der Nobelpreisträger und Lehrvater des Neoliberalismus August von Hayek schreibt: „Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erwünscht!“ Woher sonst komme ein Leistungsanreiz? Friedrich Nietzsche wird mit seiner Rede vom „Herrenmenschen“ und vom „Herdenmenschen“ ebenso brauchbar wie andere Wissenschaftler, um Ungleichheiten zu rechtfertigen. Götz Aly stellt – anders ansetzend – in seinem Buch „Hitlers Volksstaat“² zu Recht nicht nur den Nutzen vieler Deutscher aus dem 2. rassistischen Welt(raub)krieg dar. Er denunziert zugleich den modernen Sozialstaat als dessen Produkt, da er wie der NS-Staat „seine Kraft aus der Gleichheitsidee zog“. So gewiss viele Deutsche vom Naziregime profitierten, so gewiss übersieht Aly die prinzipielle Ungleichheit, die Juden, Roma und Sinti, alle slawischen Nachbarvölker, Homosexuelle, Bibelforscher und Oppositionelle per definitionem aus der Gleichheit aller Menschen ausschloss.

Solche „Menschenbilder“ kluger Weltbildhauer missachten das zweite Gebot. Sie legitimieren oder verharmlosen mit einer Definitionsgewalt, mit der alle Gewalt beginnt, die Ungleichheit, besser Verschiedenheit der Menschen. Sie verweigern dem Anderen und dem Anderssein Respekt. Sie bedrohen so die Würde eines zur Lebens- und Weltgestaltung ermächtigten und fähigen Menschen. Diese Würde und Verantwortung ist jedem Menschen als



einem einmalig kostbaren Exemplar von Gott gegeben, nicht von irgendeiner Macht *gewährt*! Wird das weder ernst- noch wahrgenommen, wird eine zutiefst pessimistische, ja menschenverachtende Anthropologie gefüttert. Sie spaltet die eine Menschheit in behandelte Objekte und handelnde Subjekte.

Hannah Arendt nennt als Ursprünge totaler Herrschaft in ihrem 1944/45 im Blick auf die Naziherrschaft geschriebenen Werk Antisemitismus, Rassismus und Imperialismus sowie den Niedergang der Nationalstaaten. So singulär jedes Opfer jeder Gewalt ist, so besteht die Einzigartigkeit des deutschen Nationalsozialismus in einem dreifachen Ziel: (a) Der völligen Vernichtung des jüdischen Volkes, der Roma und Sinti sowie allen „lebensunwerten Lebens“; (b) der dauernden Versklavung der osteuropäischen Nachbarvölker im Dienst der germanischen Rasse; (c) der Brechung der Identität der nord- und westeuropäischen Völker sowie jeder Opposition durch Unterordnung unter Deutschlands Herrschaft. Diese Ziele waren früh und öffentlich bekannt. Sie sagten: Menschen werden prinzipiell ungleich eingeschätzt und hegemoniale Gewalt legitimiert sich, indem sie die „Gleichen“ honoriert und die nur „Gleichen“ kontrolliert. Ein System des Terrors wird zur Organisationsform aller Systeme. Wissenschaftlich, gedanklich, medial und praktisch hat es seine Wurzeln sowie seine Überwindbarkeit in nicht-totalitären Zeiten. Ehe Menschenrechte, Freiheit und Recht zerstört werden, werden sie durch politische, d. h. ethische Gleichgültigkeit dem „Lauf der Dinge“, also den Mächtigen überlassen. Hannah Arendt ist zu widersprechen, wenn sie den „Mob“ als Hauptakteur benennt.

Intellektuelle aller Fakultäten und so genannte Eliten aller Institutionen gehörten zu diesem Mob.

Vom Verrechnen, Belasten und Entlasten

Was in St. Petersburg geschah, wiederholt sich en miniature in Geist und Wortwahl hierzulande an vielen Orten. Spektakulär wurde alliierter Terror in der Bombardierung Dresdens oder im Vorgehen der Roten Armee beim Einmarsch in Deutschland mit Auschwitz gleichgesetzt. Das geschah in der sächsischen Landtagsdebatte am 27. Januar 2005. Die NPD-Fraktion verließ das Parlament, weil sie darauf bestand, dass gleichgesetzt wird, was das deutsche Volk gelitten hat, mit dem, was es andere Völker leiden ließ. Dann wird Dresden („Bombenholocaust“) gegen Auschwitz oder Hiroshima verrechnet, das Leiden deutscher Vergewaltigungs- oder Bombenopfer mit dem der Vernichtungslager. Da werden in der Pose „Wir auch“ und im Möllemann-Gestus „Man wird doch wohl noch sagen dürfen ...“ buchhalterische Gleichungen aufgemacht. Da schwimmt die Geschichte zu einem Geschehen, bei dem nicht länger nach Ursachen und Verantwortlichkeiten, erst recht nicht nach Differenzierungen gefragt wird. Da streben Deutsche den Opfer-Status an. Da wird „Auschwitz“ zu einem immer brauchbaren Argument vernutzt, das z. B. dem Angriff der Nato auf Serbien eine „tiefere“ Legitimation verleihen soll. Da werden Saddam Hussein, Sharon oder Arafat mit Hitler verglichen. Dann wird der Faschismusvergleich zur ebenso billigen wie gedankenlosen Worthülse (faschistoid). Dann wird zu dem Berliner Mahnmal für „die Ermordeten Juden Europas“ und dem geplanten, noch nicht gebauten Denkmal für

„die ermordeten Roma und Sinti Europas“ im Gegenzug eine Gedenkstätte der Vertreibung verlangt. Dann sollen nach Stimmen aus der CDU alle Gedenkstätten der „zwei Diktaturen auf deutschem Boden“ zusammengefasst werden, als ob es keine Unterschiede zwischen ihnen gegeben hätte.

Vom Hinsehen und Unterscheiden

Zur historischen Genauigkeit gehört, Ursache und Wirkung nicht zu verwechseln. Es war unser Volk, das 1933 eine Koalitionsregierung aus NSDAP und der konservativen DNVP *freiwillig* wählte. Es widersprach weder der folgenden Aufrüstung noch dem Austritt aus der Gemeinschaft der Völker, dem Völkerbund. Es bejubelte in seiner Mehrheit und in seinen Medien jeden Kriegserfolg, mit dem die meisten europäischen Länder unterworfen und ausgeplündert wurden. Die Vernichtung der europäischen Juden begann nicht mit Auschwitz, sondern öffentlich ab 1933 mit ihrer Ausgrenzung und Diskriminierung in Schulen und Hochschulen, in Betrieben und Vereinen, in der Nachbarschaft und in den Berufsverbänden der Juristen, Mediziner, Journalisten etc. Die Pläne dazu – wie zur Euthanasieaktion – waren schon vorher veröffentlicht. Die dazu nötigen Vorurteile und Einstellungen lagen religiös und säkular seit Jahrhunderten bereit.

Die Konsequenz aus dem Gesagten heißt, genau hinzusehen. Oft wird so getan, als seien die von niemandem geleugneten Leidensgeschichten deutscher Flüchtlinge, Vertriebener, Bombenopfer unter der verlogenen Decke eines Tabus verborgen gewesen. Seit 1948 erschienen aber nicht nur vielbändige Dokumentationen über Flucht und Vertreibung aus dem Osten, son-

dern auch zahlreiche Erinnerungen, Biographien und literarische Verarbeitungen. Die Ostdenkschrift der EKD redete 1965 zu Recht mit aller Deutlichkeit von diesen Leiderfahrungen. Sie tat es aber mit der Absicht, sich mit den östlichen Nachbarn zu versöhnen und die aus dem früheren Ostpolen vertriebenen und in Schlesien, Ostpommern und Ostpreußen angesiedelten Polen nicht erneut zu vertreiben. Dazu gehörte die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der neuen polnischen Ostgrenze als Folge des deutschen Überfalls auf Polen und die Sowjetunion. Die Kette der Gewalt musste unterbrochen werden. Die Vertriebenenverbände thematisierten vorher und nachher lautstark und unter höchstem politischen Patronat fast ausschließlich die eigene Leidensgeschichte. Es kam die Tatsache kaum zur Sprache, dass beispielsweise die ersten sudetendeutschen Opfer die jüdischen Gemeinden, ihre Mitglieder und Gotteshäuser ab 1938 waren und dass die Mehrheit der Sudetendeutschen 1935 Henleins Nazipartei und damit die Parole „Heim ins Reich“ wählte.

Ebenso oft wird übersehen, dass die Beschlüsse von Jalta und Potsdam von allen vier Siegermächten stammen. Sie führten zu einer von ihnen gewollten Teilung Europas sowie zu einem kalten Krieg, der jahrelang in einen heißen umzuschlagen drohte. Eine seiner Folgen war, dass der „Kampf gegen den jüdisch-bolschewistischen Untermenschen“ – so die Sprachregelung der deutschen Regierung, Medien und Wehrmacht damals – später partiell gerechtfertigt schien. Unter neuer Sprachregelung und glücklicherweise unter Vermeidung eines Angriffskrieges ging es im Kalten Krieg um „Freiheit gegen Sozialismus“, um „christli-

ches Abendland gegen atheistischen Kommunismus“ – um an einige anti-kommunistische Weltbilder aus dem Kalten Krieg zu erinnern. Menschenrechte, Freiheit und Recht wurden aber keineswegs mit Waffen gewonnen, sondern durch Solidarnosc, Glasnost und Perestroika, den Menschenrechts-„korb drei“ des Helsinki-Abkommens zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, durch Bürgerrechts- und Friedensgruppen und durch eine Entspannungspolitik.

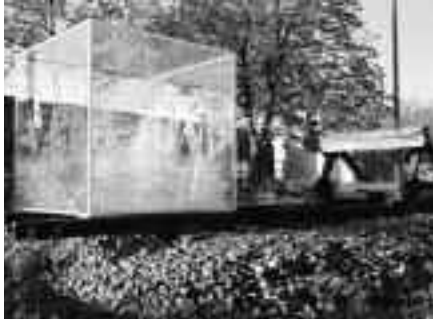
Vom Erinnern für eine menschlichere Zukunft

Kein Gedenken darf um der Wahrheit willen Diktaturen gleichsetzen. Weder eine Hierarchisierung noch eine Zählung der Opfer dürfen Grundlage des Gedenkens sein. Jeder Gefolterte, jede Vergewaltigte, jeder Ermordete ist eine/r zu viel. Eines jeden Opfers muss gedacht werden. Verdrängen tötet erneut. Noch einmal: Es darf und muss verglichen werden. Denn nur so werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten sichtbar. Der Satz gilt auch innenpolitisch. Wer immer in gleicher, „ausgewogener“ Weise vom notwendigen Kampf gegen rechten und linken Extremismus spricht, will es so genau nicht wissen. Begehrt ist hier ein neutraler Zuschauerplatz in der Mitte. Die Ungenauigkeit enthält eine (un)gehörige Portion Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern. Sie ersetzt beides durch vorgegebene Leitplanken des Kalten Krieges. Es werden die zahllosen Untersuchungen zur lokalen Nazizeit nur als „Bewältigung der Vergangenheit“ oder als Pflichtübung gesehen, nicht aber als Bewältigung einer von der Vergangenheit geprägten Gegenwart und als Einübung in eine menschlichere Zukunft. So werden beispielsweise die

weit über hundert totgeschlagenen oder verbrannten Opfer völkischen, rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Denkens und Handelns aus den letzten Jahren hierzulande nicht wahrgenommen, sondern verdrängt.

Alle Opfer haben das Recht und die Täter- und Zuschauerseite die Pflicht, dass sie nicht vergessen werden, dass genau nachgefragt wird, warum *hier, damals und heute* Menschen zu Opfern von Gewalt wurden und werden. Auch wenn es keine befriedigende Antwort auf die Frage gibt, warum die Shoah, warum das Völkerschlagen des Zweiten Weltkrieges geschah, so gibt es Antworten, welche Einstellungen, Ursachen, Entscheidungen und Unterlassungen die einen zu Opfern, die anderen zu Zuschauern und Tätern werden ließen. Auch wenn sie gewaltsam stumm gemacht wurden, sie sind nicht stumm. Sie haben allen folgenden Generationen etwas zu sagen, das über das „Nie wieder!“ hinausgeht. Ich höre fünf Botschaften:

- Die Würde eines jeden Menschen (nicht nur der Deutschen!) ist unantastbar, wo und wie er/sie auch lebt. Das verdanken wir dem biblischen Gleichheitsgrundsatz von der Gottes Ebenbildlichkeit eines jeden Menschen. Sie führt zur Freiheit eines jeden Menschen (nicht nur des Christenmenschen!). Er/sie ist niemandem untertan und zugleich jedem Menschenleben dienstverpflichtet.
- Wohin Gewalt führt, hat das zwanzigste Jahrhundert gezeigt. Die deswegen notwendige Alternative setzt säkular, politisch und sozial um, was biblisch mit Liebe und Versöhnung, Frieden und Barmherzigkeit gemeint ist. Wer Ethos im politischen



© Renate Gruber



© H.-G. Vorndran

gedenken

Güterbahnhof Darmstadt

Von dem Gelände des Güterbahnhofs Darmstadt wurden in den Jahren 1942 und 1943 zahlreiche Sinti-Familien und ungefähr 3400 Juden nach Auschwitz, Belzec, Treblinka und Theresienstadt deportiert. Die

2002 gegründete „Initiative Gedenkort Güterbahnhof Darmstadt“ hat auf dem Gelände für die deportierten Juden und Sinti einen Ort des Gedenkens geschaffen. Ritula Fränkel und Nicholas Morris haben das Denkmal entworfen, das am 7. November 2004 eingeweiht wurde.

Ein verrosteter Prellbock steht auf einer etwas erhöhten Fläche auf zwei Schienensträngen, die mit Schotter ausgefüllt sind. Die Schienen führen zu einem Panzerglaskasten, der mit Glasscherben gefüllt ist und das Ende der Schienen

markiert. Die Namen der Darmstädter Juden und Sinti sind auf Glas eingraviert worden, dann wurde das Glas zerbrochen und in den Panzerglaskasten gelegt. Nur einige Namen sind lesbar. Der Prellbock als Endpunkt des Grauens, die Gleise mit Schotter als Bewegung und die Scherben in durchsichtiger Hülle als Spuren der Zerstörung in unserer Erinnerung unzerstörbar aufbewahrt, machen die Bedeutung des Denkzeichens ablesbar.

Renate Dreesen



© H.-G. Vorndran

Leben als Moralisieren ablehnt, reduziert es auf die Durchsetzung von Interessen und vertritt so ein Ermächtigungsgesetz für Gewalt. Eine große Koalition aus vielen Gleichgültigen und wenigen Mächtigen wird es ethosfrei exekutieren.

- Recht und Gerechtigkeit als biblische Hauptworte nennen die Ziele, die auf dem Weg der Gewaltfreiheit und der Menschenwürde zu verwirklichen sind. Recht als einziges Mittel, Konflikte zu lösen, Gerechtigkeit als einziges Mittel, allen Menschen gerecht geteilte Anteile an den heute möglichen Lebenschancen und den heute vorhandenen Gütern zu sichern.
- Nationalsozialismus und Kommunismus haben beide diese Ziele verraten. Der entscheidende

Unterschied zwischen beiden ist jedoch, dass eine kommunistische Motivation und Analyse humanisierbar und zu demokratisieren war und ist, obwohl sie in ihrer verstaatlichten Form Partizipation, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität unterdrückte. Der Arbeiterbewegung sowie den demokratischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien verdanken viele Länder demokratischen und sozialpolitischen Fortschritt. Noch immer sind sie gegen einen nur freien Markt die Herausforderung zur Gerechtigkeit und zur Befreiung von Elend. Dergleichen kann vom Nationalsozialismus nicht behauptet werden. Er ist die prinzipielle und praktische Inhumanität, weil er nihilistisch so-

Lynchjustiz in Rüsselsheim

Am 26. August 1944 wurden nach nächtlichem Bombardement der Altstadt Rüsselsheims acht junge amerikanische Gefangene auf ihrem Weg durch Rüsselsheim von einer Meute aufgebrachter Frauen und Männer grausam gejagt und gelyncht. Zwei für tot gehaltene Männer konnten fliehen und überlebten. In einem der ersten Kriegsverbrecherprozesse 1945 wurden sieben Angeklagte für schuldig befunden und zum Tod durch Erhängen verurteilt. Drei weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen, eine Person wurde freigesprochen. In der Stadt war das Geschehen untergründig präsent, öffentlich war es allerdings tabu: Die Mauer, an der die Tat geschah, wurde abgerissen und das Gemälde von Hans Diebschlag, das an die Morde erinnerte, wurde aus dem Ratssaal entfernt. Eine literarische Dokumentation der Ereignisse von dem amerikanischen Schriftsteller August Nigro wurde nicht in Deutsch veröffentlicht.

1991 besuchte einer der beiden Überlebenden, Sidney Brown, auf Einladung der Stadt Rüsselsheim den Ort des Massakers. Als Ausdruck des Verzeihens sagte er: „Ich habe keinen Hader in meinem Herzen“, und die Stadt Rüsselsheim bekannte erstmals öffentlich das geschehene Unrecht vom

26. August 1944. Der umfangreiche Erinnerungsprozess führte dazu, dass Rüsselsheim dieses Geschehen nunmehr als Teil seiner Geschichte begreift. Als Zeichen zum Gedenken der Opfer und zur mahnenden Erinnerung ist das Mahnmal errichtet worden. Das Mahnmal erhebt nicht den Anspruch, ein Kunstwerk zu sein. Es ist in seiner Gestaltung eher ein Zitat, ein Ausschnitt der früher dort gestandenen Mauer mit den eingefrästen Porträts der Opfer auf der Rückseite und mit einem von Paul Oestreicher formulierten Text an den Seiten in englischer und deutscher Sprache.

Kurt Hohmann, Dekan in Rüsselsheim



Sidney Brown

Paul Oestreicher



- wohl die Einheit der Menschheit wie die Würde eines jeden Einzelnen verneint.
- Jedes Gedenken muss deshalb genau sein. Es wird nicht gescheiterter Ideologien gedacht, sondern gedemütigter, vertriebener oder ermordeter Menschen und ihrer Peiniger. Das geschieht an den Orten, wo Verachtung und Morde geschahen oder zugelassen wurden. Also im Sport- oder Gesangsverein, wo eines Tages wie im Krankenhaus, im Amtsgericht, in der Universität oder in der Schule Juden und Jüdinnen oder andere als „lebensunwert“ oder „zersetzend“ definierte Menschen fehlten. Dazu gehören Betriebe, Nachbarschaften, Kirchengemeinden, Ver-

waltungen, Bahnhöfe, wo sie nicht nur unhinterfragt verschwanden, sondern auch übersehen, denunziert, erfasst oder deportiert wurden. Die Orte des Alltags, nicht Festsäle sind allein angemessen, derer zu gedenken, deren Dasein und Sosein bedroht und ausgelöscht wurde oder wird.

Martin Stöhr

lehrt Systematische Theologie an der Universität-Gesamthochschule Siegen. Er ist Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung.

¹ Hannah Arendt, Ursprünge und Elemente totalitärer Herrschaft, Frankfurt 1955 (englisch 1951).
² Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005.